Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: in Leipzig und Vororten zweimal täglich ins Haus gebracht. Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 5.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Extra-Ausgabe monatlich M. 5.—, vierteljährlich M. 17.—. Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Groß-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.50, von auswärts Mk. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile Mk. 1.50. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Fernsprecher-Anschluß Nr. 17000 bis 17099 — Postscheckkonto Leipzig 2054. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 545 — Montag, den 7. November — 1921

Dr. Geßler über den Wiederaufbau in Reich und Staat

Rede des Reichswehrministers in Dresden

Die deutsche Einigkeit — das wichtigste Problem der deutschen Politik

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

⊙ **Dresden**, 6. November.

Reichswehrminister Geßler sprach heute in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: Neuaufbau in Reich und Staat. Er ging aus von der Frage, ob die Wege, die wir jetzt drei Jahre lang beschritten hätten, richtig waren, und ob wir nach außen und innen vorwärtsgekommen seien. Kaum die Geschichte eines Volkes sei so reich an Unglücken gewesen, wie die des deutschen Volkes. Und wenn es richtig wäre, daß Glück der Tüchtigste hat, dann könne man dem deutschen Volke in politischer Hinsicht nur eine schlechte Prognose stellen. Nach dem militärischen Zusammenbruch im Jahre 1918 habe plötzlich das ganze deutsche Problem mit erschütternder Wucht vor uns gestanden, und nach außen hin sei die Frage aufgetaucht: Werden die Grundsätze Wilsons im Verkehr der Völker Geltung erlangen oder wird es bleiben bei dem alten gallischen Wort: Vae victis!? Auch im Inlande sei alles unübersichtlich gewesen. Die Hegemonie Preußens, unter dessen Vorsitz die Einheit des deutschen Volkes zustande gekommen war, sei zertrümmert gewesen, und es habe sich die Frage erhoben, ob die deutschen Völker überhaupt die Kraft hätten, ein neues Staatsgebilde zu schaffen. Früher habe man den Staat als Voraussetzung betrachtet, und die Arbeiterschaft sei zum Haß gegen den bisherigen Staat erzogen worden. In Süddeutschland sei es von jeher anders gewesen. Dort würden die Sozialdemokraten als gleichberechtigt angesehen. Das deutsche Volk sei vollständig unvorbereitet an die Neubildung des Reiches herangetreten, und dabei hätte sich der wirtschaftliche und kulturelle Unterschied zwischen den Ländern Deutschlands gezeigt. In Bayern habe man die Ansicht gehabt: „Wir lassen uns nicht von den Berliner Juden und den Berliner „Sozis" regieren." Diese Ansicht sei falsch! Denn wenn das so sei, daß in Berlin die Juden regierten, dann wäre das ja ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk nicht genug tüchtige Männer habe hervorbringen können. Und wenn es wahr sei, daß die Berliner „Sozis" regierten, dann sei das ein Beweis für das geistige Elend des deutschen Bürgertums. Tatsache sei, daß wir dem Auslande gegenüber den entschlossenen Willen entgegensetzen müssen, ein einheitliches Volk zu bleiben. Das sei das wichtigste Problem, vor das die deutsche Politik gestellt worden sei, nachdem man erkannt hätte, daß es den Franzosen von vornherein darauf ankam, Deutschland zu zertrümmern. Darum habe man auch den Versuch gemacht, Bayern allein zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu veranlassen.

Zu den Schwierigkeiten, die der Friedensvertrag mit sich gebracht habe, sei noch hinzugekommen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft neue Uneinigkeit hervorrief. Der Minister brachte die Ansicht zum Ausdruck, daß die Zwangswirtschaft auch heute noch aufrechterhalten werden müßte, aber leider sei dies nicht praktisch durchzuführen, solange wir die Moral nicht wieder auf die alte Höhe brächten, hätten neue Gesetze keinen Wert. Das schlimmste sei, daß die Entente auch die große Frage der Reparationskosten offen gelassen habe. In Brüssel, Paris und London hätten wir erfahren, was wir an positiven Leistungen aufzubringen haben. Da hätten die Zahlen beinahe komische Formen angenommen. Angesichts dieses entsetzlichen Zustandes sei es ihm unbegreiflich, wie es immer noch Leute geben könne, die Sonderziele verfolgen. Ein Beispiel dafür sei das Auftreten der großen Beamtenverbände dem Staate gegenüber. Ihre Politik sei zwar verständlich, aber sie sei eine Politik der Verzweiflung. Jeder Stand erwarte immer vom anderen, daß er das Vaterland zuerst rette. Er (der Minister) sähe immer für die Beamtenwirtschaft mit der größten Sorge in die Zukunft. Der rasende Lauf unserer Notenpresse und das unaufhaltsame Sinken unserer Valuta zwinge uns, unseren Blick in die übrige Welt zu lenken, und da zeige sich, daß nunmehr die große Krisis für das deutsche Volk beginne.

Wer nicht einsähe, daß wir dem Bankrott entgegengehen, der müsse schon ganz verblendet sein. Jetzt werde sich zeigen, ob in der Welt die Absicht bestehe, die deutschen Staaten zu Grunde zu richten oder nicht. Die Meinung, daß man Deutschland brauche, sei irrig. Man wolle zwar uns als Absatzgebiet, aber man wolle nicht unsern Export. In Frankreich werde man die kommende Krisis vielleicht als den geeigneten Zeitpunkt ansehen, die Einheit des deutschen Geistes vollends zu zerbrechen. Wenn wir nicht mehr zahlen, dann werde die französische Zeitungspolitik einsetzen, und die Entente werde es wegen uns nicht zu einem Bruch mit Frankreich kommen lassen. Frankreich stehe unter dem Eindruck, daß die französische Sicherheit nur dann garantiert sei, wenn Deutschland zertrümmert sei; das dürfe man den Franzosen nicht verübeln, nachdem die Rede der Deutschnationalen immer wieder Grund zu dieser Meinung gegeben hätte. Wenn wir dem großen Sprung in die Krisis tun, dann müßten wir uns klar darüber sein, daß es um die Existenz des deutschen Volkes gehen werde. Leider zeige sich bei uns bis jetzt recht wenig Verständnis dafür, wenn man meine, daß uns eine Monarchie retten könne. Bürgerkrieg würde die Folge sein und uns den letzten Rest unserer Einheit nehmen.

Darum müsse man sich loyal zur Republik bekennen. Die deutsche Republik müsse aber liberal sein oder sie werde überhaupt nicht sein. Nichts sei törichter, als zu glauben, die Diktatur des Proletariats könne uns retten. Wir müssen dem Auslande mit aller Deutlichkeit zeigen, daß wir den einheitlichen Willen haben, als geeintes Volk weiterzuleben. Die langen Koalitionsverhandlungen der letzten Zeit hätten diesen Willen leider nicht zum Ausdruck gebracht, und es sei nicht zu erwarten, daß uns jetzt das Ausland Vertrauen entgegenbringe. Stegerwald habe sein Ziel, die große Koalition, mit aller Energie durchgeführt, und er, der Redner, freue sich, daß die Demokraten es gewesen seien, die durch ihren Rücktritt den großen Knoten durchschlugen, so dürfe die Hoffnung ausgesprochen werden, daß nach dem Beispiele Preußens sich auch im Reiche die große Koalition begründen werde. Dazu gehöre aber, daß die Sozialdemokraten nationalliberalisiert würden.

„Wir müssen erkennen," so schloß der Minister, „daß es unter den deutschen Parteien auch gemeinsame Interessen gibt. Es geht jetzt nicht um unsere nationale Würde; denn wenn ein Wehrloser mißhandelt wird, so wird ihm seine Würde nicht genommen, sondern es geht um die nackte Existenz des deutschen Volkes. Dieses Faktum darf unter keinen Umständen verschleiert werden. Man darf es dem gesunden Sinn der deutschen Bevölkerung zutrauen, daß sie aus der Politik der gegenseitigen Vergiftung endlich herauskommt, und man darf daher sagen, daß wir in den letzten drei Jahren vieles geleistet haben, was die spätere Geschichte anerkennen wird. Dem einzelnen geht es heute in Deutschland verhältnismäßig gut, aber das Reich ist noch nicht gerettet. So lange das noch nicht der Fall ist, wird das Schiff Deutschland im Nebel fahren. Aber man kann dem Glauben die Ueberzeugung geben, daß hinter dem Nebel das Morgenrot der Freiheit und der Unabhängigkeit des deutschen Volkes leuchten wird."

Die Wahl in Leipzig

Von

Dr. Peter Reinhold

Finanzminister a. D.
Mitglied des sächsischen Landtags

Die U. S. P. hat ihr Ziel, ihre bedenklich schlechten Wahlchancen für die Leipziger Stadtverordnetenwahlen durch Hinausschiebung des Termins zu verbessern, nicht erreicht: selbst das Ausnahmegesetz zur Verzögerung der Leipziger Stadtverordnetenwahlen, die berüchtigte lex Lipinski Lipsiensis, die das sächsische Gesamtministerium — gehorsam wie immer dem Wunsch des Herrn Lipinski sich fügend — an den Landtag gebracht hat, wird nicht mehr durchgepeitscht werden können. So bleibt der vom Rat bestimmte 13. November der Wahltag.

Wieder einmal wird also von jedem wahlmündigen Manne und jeder wahlmündigen Frau verlangt, durch Abgabe ihrer Stimme an der Entscheidung über das Wohl des Gemeinwesens, diesmal der Stadt, mitzuwirken. Die Wahlen in Sachsen haben sich seit der Revolution bedenklich gehäuft, und Wahlmüdigkeit ist die notwendige Folge dieser Häufung gewesen. Und dennoch ist es nicht nur eine Pflichtvergessenheit sondergleichen gegen die Stadt, sondern auch eine bedenkliche Nachlässigkeit gegen die eigenen Interessen, die sich schwer rächen kann, wenn irgend jemand am nächsten Sonntag den Weg zur Urne scheut.

Worum handelt es sich diesmal? Unsere Stadt wird seit der Revolution von einem sozialistischen Stadtverordnetenkollegium beherrscht; das mehr als einmal schlimmste Parteipolitik getrieben hat. Vorläufig ist zwar der Rat imstande gewesen, die verderblichsten Experimente und allzu fühlbaren Mißgriffe der unter unabhängiger Führung stehenden Stadtverordnetenmehrheit zu verhindern; aber durch die geplante neue Gemeindeverfassung droht die Gefahr, daß in Zukunft das Stadtverordnetenkollegium zum allein ausschlaggebenden Faktor gemacht wird. Das aber würde, auf Leipziger Verhältnisse übertragen, bei der jetzigen Zusammensetzung dieser Körperschaft bedeuten, daß alle wichtigen Fragen einseitig nach dem Parteipunkt der Sozialisten entschieden werden, der noch dazu gerade in unserer Stadt, der einstigen Hochburg der U. S. P., vom Agitationsbedürfnis außerordentlich stark beeinflußt wird. Liegt doch ein guter Teil der Schwierigkeit unserer politischen Lage im Reich, in den Ländern und den Gemeinden im Augenblicke darin, daß die sozialistischen Parteien in der ewigen Furcht, von ihrem jeweils linkesten Flügel an Radikalismus übertrumpft zu werden, sich zu Maßnahmen drängen lassen, deren Schädlichkeit die alten besonnenen Führer durchaus einsehen. Und diese Gefahr ist überall dort besonders groß, wo die Sozialisten mit den Kommunisten zusammen (die „Arbeiterparteien", wie sie sich ebensooft wie falsch zu nennen belieben) die Mehrheit haben. Sie nützen diese Mehrheit bekanntlich, selbst wenn sie auch noch so gering ist, aufs rücksichtsloseste aus: und das Beispiel des Landes Sachsen, wo nunmehr beinahe ein Jahr lang ein sozialistisches Kabinett, das in Wahrheit verfassungswidrig ist, weil es das Vertrauen der Landtagsmehrheit nicht besitzt, als reine Klassenregierung die Geschicke des Landes leitet, zeigt, wie herrschsüchtig und wenig weitschauend die Sozialdemokratie ist, wenn sie sich aus der Furcht vor den Massen ins Schlepptau der Unabhängigen nehmen läßt.

Es kann deshalb für jeden, der nicht auf die Theorien des Marxismus eingeschworen ist, bei jeder Wahl in Sachsen nur ein Ziel geben: das ist die Beseitigung der sozialistischen Mehrheit. Diesem Ziele dienen für die Wahl am 13. November die beiden bürgerlichen Listen: die wirtschaftspolitische und die demokratische. Es ist von vielen Seiten bedauert worden, daß das Bürgertum nicht geschlossen vorgegangen ist und nicht mit voller Wucht den Willen zur Einheit und das Vertrauen zur Stärke dieses Einheitsgedankens in die Wagschale geworfen hat. Und wirklich der Mißbrauch, den die Sozialisten gerade in Sachsen mit ihrer Macht getrieben haben, legt diesen Gedanken und diesen Wunsch zweifellos sehr nahe.

Wenn wir Demokraten uns nach langer und eingehender Erwägung trotzdem für eine gesonderte Liste entschieden haben, so ist das nicht geschehen, um durch eine eigenbrödlerische Zersplitterungstaktik dem Bürgertum in den Rücken zu fallen und dadurch das große Ziel, die Beseitigung der sozialistischen Mehr-

„Demokratische Gemeindepolitik darf niemals nach den Bedürfnissen allein einer bestimmten Erwerbsschicht einseitig orientiert sein; sie ist nicht eine einseitige Kommunalpolitik allein der Arbeiter, oder allein der freien Berufe, oder allein des Gewerbes, sondern sie ist **eine Politik der Gesamtheit für die Gesamtheit."**

Oberbürgermeister Dr. **Külz**, M. d. R.

Wählt am 13. November Deutsch-Demokratisch,

Liste Weickert.

Französische Betrachtungen zum Marksturz

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 6. November.

Aus den Betrachtungen der französischen Presse zum Marksturz verdient ein Artikel des Gaulois Beachtung, weil in ihm unzweideutig erklärt wird, daß Frankreich bereit wäre, Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern, falls England und Amerika bereit wären, Frankreich entsprechende finanzielle Sicherheiten zu bieten. Das Blatt führt aus, für Frankreich würde es, falls Deutschland sich als zahlungsunfähig erklären sollte, zwei Möglichkeiten geben. Entweder werde es darauf bestehen müssen, daß der bankrotte Schuldner unter Vormundschaft gestellt und einfach dazu gezwungen werde, die privaten Vermögen und besonders die Großindustrie in der von den Verbündeten gewünschten Weise zur Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands heranzuziehen; oder aber Frankreich müsse Amerika und England auffordern, ihm die Garantien zu gewähren, die allein es ihm ermöglichen könnten, Deutschland Zahlungserleichterungen zu bewilligen.

Diese Auslassung des Gaulois ist doppelt beachtenswert nach der Erklärung Briands in der Senatssitzung vom 27. Oktober, nach der die Wiedergutmachung „die Kraft eines einzelnen Volkes übersteigt" und nur bei Schaffung internationaler Solidarität durchgeführt werden kann. Die Zugehörigkeit des einstigen französischen Delegierten auf der Brüsseler Konferenz Cheysson zur französischen Delegation in Washington deutet darauf hin, daß Frankreich versuchen wird, den von Briand proklamierten Standpunkt in Amerika zu vertreten.

Die Organe der oppositionellen Rechten bemühen sich, den Marksturz gegen das Kabinett Briand auszubeuten. Die Action Française führt aus, Deutschland habe nichts getan, um den Marksturz zu verhüten. Vielleicht habe es ihn sogar mit Absicht herbeigeführt. Wenn die Hüllen des Assignatenwesens einmal gefallen seien, werde man auf der einen Seite Deutschland mit seinem intakten Wirtschaftsapparat und auf der anderen Seite Frankreich mit seinen Ruinen sehen. In Frankreich werde man dann die Notwendigkeit erkennen, zu der Methode der Pfänder zurückzukehren. Aber es sei fraglich, ob die Verbündeten Frankreich diese Methode gestatten würden, und sollte es sich über die Zustimmung der Alliierten auch hinwegsetzen wollen, so würde es merken, daß es zu spät sei, weil seine finanzielle und moralische Spannkraft gebrochen sei.

Die Democratie nouvelle erklärt, Deutschland organisiere selbst den Bankrott. Wenn das französische Volk nicht völlig außerstande sei, klar zu denken, werde Briand daraufhin gestürzt werden. Denn er habe Frankreichs Interessen sträflich vernachlässigt. Nur die Besetzung des Ruhrgebiets könne Frankreich noch retten.

Das Louchoeur nahestehende Petit Journal stellt fest, daß der Marksturz für gewisse Vertreter der deutschen Wirtschaft vorteilhaft sei, aber die große Mehrheit des deutschen Volkes und auch die meisten deutschen Industriezweige empfindlich schädige. Frankreich könne es jedoch dank den Wiesbadener Vereinbarungen einerlei sein, ob die Deutschen so wahnsinnig seien, selbst ihre Zukunft in Frage zu stellen. Denn die Produktionskraft der deutschen Industrie bleibe trotz des Marksturzes erhalten, und eine Lokomotive sei eine Lokomotive, ein Haus ein Haus, und ein Backstein ein Backstein, möge die Mark so tief fallen wie sie wolle.

*

Die französische Rechtspresse irrt, wenn sie meint, Frankreich könne, gestützt auf das Wiesbadener Abkommen, einem Bankerott Deutschlands gleichgültig zusehen; denn gerade das Wiesbadener Abkommen, dessen Durchführung für Frankreich ebenso wichtig ist wie für Deutschland, würde durch den Ruin der deutschen Valuta in Frage gestellt werden, da die Produktionskraft der deutschen Industrie nicht erhalten bleiben würde. Unsere früheren Gegner, an erster Stelle die Franzosen, sollten endlich zu der Einsicht kommen, daß mit Gewalt, d. h. mit einer Besetzung des Ruhrgebiets, aus Deutschland nichts mehr herauszuholen ist, sondern daß allein zum Ziele führt die zweite der „zwei Möglichkeiten" des Gaulois: die internationale solidarische Revision der Schulden- und Reparationspolitik.

Argentinische Millionenaufträge für Deutschland

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat die argentinische Regierung beschlossen, von deutschen Firmen 70 Eisenbahnwaggons, 17 Krane und verschiedenes Hafenmaterial im Gesamtwerte von 850 000 Pesos zu kaufen. (Ein Gold-Peso ist gleich 4,05 Goldmark.)